

# Dresdner Volkszeitung

Postfachkonto: Dresden,  
Saben & Comp., Nr. 1288.

## Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Kontokonto:  
Gebr. Arnold, Dresden  
und Eichl. Staatsbank.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Kaufstadt und Dresden-Altstadt

Bezugspreis einschließl. Fringerlohn in der Woche vom 22. bis 28. September:  
12000 000 M., unter Kreuzband für Deutschland die Nummer 8000 000 M.  
Einzelnummer 2800 000.- M.  
Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Jahresleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261.  
Sprechstunde nur montags von 12 bis 1 Uhr.  
Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261.  
Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: Grundpreis mal Schließelmaß. Grundpreise: die 20 mm  
breite Kompartimentszeile 135 M., die 30 mm breite Kompartimentszeile 160 M., für aus-  
wärtige Anzeigen 160 und 560 M. Schließelmaß: 30 000, Familienanzeigen  
Stellen- und Mietgesuche 40 Proz. Rabatt. Für Briefniederlegung 800 000 M.

Nr. 222

Dresden, Sonnabend den 22. September 1923

34. Jahrg.

## Bayern und Sachsen

### Die Provokationsrede Knillings

Das Treiben der bayerischen „Vaterländischen“, Monarchisten und Faschisten macht die Luft zwischen Bayern und dem Reich, vor allem zwischen Bayern und Sachsen immer größer. Am bedrohlichsten ist jedoch die Stellungnahme der bayerischen Regierung, wie sie jetzt wieder offenkundig wurde. Wir berichteten schon über die Rede, die der bayerische Ministerpräsident v. Knilling vor den Bauernvereinen in Luntenhausen gehalten hat. In dieser Rede hat sich Herr Knilling auch mit den kommunistischen Gefahrenherden im „ehemaligen Königreich“ Sachsen beschäftigt, die in den letzten Wochen und Monaten „an Gefährlichkeit besorgniserregend zugenommen“ hätten. In der Manier des früheren bayerischen Ministerpräsidenten v. Kahr, der trotz oder gerade wegen seiner monarchistischen, republikfeindlichen Agitation Regierungspräsident von Oberbayern ist, und der zur Abwechslung wieder einmal auf die Begründer der Republik als auf „Lumpen und Verbrecher“ geschimpft hat, stellte der wittelsbachische Kultusminister, zwei politische Lager in Deutschland gegenüber: die sogenannte nationale, germanische, christliche und die internationale marxistische und materialistische Weltanschauung. Die Sozialisten stellen die Internationale über das Vaterland und wollen keine starke Staatsgewalt, sondern die Herrschaft der Straße in einem machtlosen Staat. Sie seien daher auch gegen die „vaterländische“ Bewegung in Deutschland, die freilich von einzelnen Auswüchsen sich befreien müsse; denn in Wälde könnten Ereignisse eintreten, die ein vertrauensvolles Zusammengehen der vaterländischen Verbände mit einer national denkenden und handelnden Regierung notwendig machen.

Mit diesen Ausführungen die in einem Zeitpunkte schwerster außen- und innenpolitischer Belastung der deutschen Republik gemacht wurden, hat der bayerische Ministerpräsident eine klare Alternative aufgezeigt, die für Sachsen, das sich als unlösbarer Bestandteil der deutschen Republik, einer wahrhaften, auf den Prinzipien sozialer und politischer Gerechtigkeit ruhenden Republik fühlt und seine vom Vertrauen der arbeitenden Schichten getragene Regierung geradezu eine Existenzfrage darstellt. Die Alarmrede des Herrn v. Knilling ist

— eine unmittelbare Bedrohung der staatlichen Selbständigkeit des sozialistisch regierten Sachsens und der Republik überhaupt.

Sie fordert daher die schärfste Aufmerksamkeit der sächsischen Regierung und der sie stützenden Organisationen heraus.

Die sogenannten „Deutschen Lige“ in Nürnberg und Hof, den nordbayerischen Industriezentren, sprechen eine deutliche Sprache. Der Aufmarsch der Rechtsradikalen in Hof ist eine direkte Provokation der sächsischen Bevölkerung. Diese Provokation ist von der bayerischen Regierung nicht verhindert worden, ebensowenig die Mobilisationsmaßnahmen der sogenannten vaterländischen Kampferverbände in Nordbayern in unmittelbarer Nähe der sächsischen Grenze.

Aus der Rede des bayerischen Ministerpräsidenten ergibt sich schärfste, daß Herr von Knilling für seine Person gar nicht gewillt ist, diese Provokationen zu verhindern und einen Aufmarsch der vaterländischen Verbände gegen den Norden hintanzulassen. Er erklärte doch ganz offenkundig, daß in Wälde Ereignisse herausziehen können, die ein Zusammenrücken aller „vaterländisch“ eingestellten Kräfte gebieterisch erheischen. Diese Zusammenfassung soll unter einer national denkenden und handelnden Regierung erfolgen, d. h. unter der Führung des Herrn v. Knilling, der sich seit jeder Wälde gegeben hat, eine Kompromißlinie in der sogenannten vaterländischen Bewegung zu schaffen. Die Einwände des Herrn von Knilling richten sich nur gegen „Auswüchse“ der vaterländischen Bewegung, die darin bestehen, daß Teile der bayerischen „Patriotenbewegung“ die Regierung von der Führung verdrängen wollen. Herr von Knilling proklamiert sich aber öffentlich als Führer der sogenannten nationalgermanischen, christlichen Weltanschauung gegen die internationale marxistische und materialistische, unter welche Andrit natürlich in erster Linie das sozialistisch regierte Sachsen gehört, wo sich kommunistische Gefahrenherde befinden, die in den letzten Monaten und Wochen an Gefährlichkeit besorgniserregend zugenommen haben.

Möchte darf man den bayerischen Ministerpräsidenten, den neuen Führer der sogenannten „vaterländischen“ Bewegung, die sich vorläufig besonders in der Organisation der Steuerabotage äußert, auf einige gedankliche und praktische Unterschiede hinweisen, die auch von sonst nicht mit dem bayerischen Kurs übereinstimmenden Leuten gerne übersehen werden, indem sie Sachsen und Bayern in ihrem politischen Verhalten im Reich gewissermaßen auf einer Linie sehen.

Die sozialistische Regierung in Sachsen, die nach der Meinung des bayerischen Ministerpräsidenten die Internationale über das Vaterland stellt, ist

— eine Regierung der breiten arbeitenden Massen, die kein andres Ziel hat, als die Interessen dieser Massen in der Republik zu vertreten.

Nach der neuesten Programmrede des bayerischen Ministerpräsidenten ist die bayerische Regierung,

die sich im kritischen Augenblick des republikanischen Reichs auf die Gesamtheit der vaterländischen Verbände zu stützen gedenkt, offen

— eine Regierung gegen die arbeitenden Massen der Republik. Das hat der bayerische Ministerpräsident mit erfreulicher Deutlichkeit kundgegeben. Das ist aber das Entscheidende! Der jetzige Augenblick ist zu kritisch, als daß nicht Sachsen und mit ihm die deutsche Republik die deutsche Sprache des Regierungsführers der sogenannten vaterländischen Bewegung in Bayern verstehen müßten.

Das sozialistische Sachsen und mit ihm alle deutschen Republikaner werden den bayerischen Alarm in allen seinen Konsequenzen zu würdigen wissen.

### Reichsprengdrohung der bayerischen Staatszeitung

Die bayerische Regierung macht sich bereits zum Träger der deutschnationalen Hege gegen das Kabinett Stresemann. Hier der Beweis: Die Deutschnationalen hielten Protestversammlungen gegen die Verständigungsabsichten zum Ruhrkonflikt ab und veröffentlichten darüber Berichte, in denen am Schluß gesagt wurde: „Das nationale Deutschland wird die Schande der zweiten Kapitulation nicht stillschweigend ertragen... Bayern und mit ihm zusammen alle vaterländischen Kräfte im Reich stehen vor der Aufgabe, zu entscheiden, ob wir bolschewistisch zugrundegehen oder im nationalen Gedankens gerettet werden wollen. Wenn diese Stunde kommt, ist es Pflicht aller deutschgesinnten Bayern, bis zum letzten Mann dem Rufe der Verantwortlichen des Staates zu folgen, mit der Losung: **Bei uns ist das Reich!**“

Diese neue und schändliche Provokation und Drohung mit der Reichsprengung veröffentlicht das offizielle Organ der bayerischen Regierung, die Bayerische Staatszeitung, an herborragender Stelle und sagt dazu: „Aus dieser Rundgebung, die keineswegs nur die Auffassung der bayerischen Mittelpartei widerspiegelt, ergibt sich, daß der Reichslangler in Gefahr steht, das Vertrauen der besten Kreise des Volkes zu verlieren.“

Also: die bayerische Regierung sieht in den Deutschnationalen und den „vaterländischen“ Rechtsradikalen „die besten Kreise des

Volkes“. Und sie richtet sich nach ihnen, treibt ihre Politik und fordert das gleiche von der Reichsregierung. Man sieht: die Ruffi zwischen Bayern und dem Reich wird unter der Knilling-Regierung unüberbrückbar gemacht!

### Die Reichsregierung gegen Bußschgefah

Offiziös wird durch Regierungsborgane kundgemacht:

Berlin, 22. September. In Erwartung großer Ereignisse nehmen die Bußschgerüchte in letzter Zeit wieder überhand. Einmal sollen es die Kommunisten sein, die zuerst loschlagen wollen, das andermal sind es die Deutschvölkischen, denen man den Glauben zumißt, unser Volk durch einen neuen Bußsch zu retten. Daß unsre Links- und Rechtsbolschewisten, mit Einschluß der Deutschnationalen, die Zeit für gekommen halten, einen neuen Bußsch zu verwirklichen, ist nicht von der Hand zu weisen. Aber die Reichs- und die preussische Staatsregierung sind auf der Hut und glauben sich stark genug, eine bußschistische Gefahr, von welcher Seite sie auch kommen würde, mit drakonischer Gewalt niederzuschlagen. Vorbedingung zu einer erträglichen Beendigung des Ruhrkonflikts bildet die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung im Reich. Deshalb wird die Reichsregierung nichts unversucht lassen, um diese Vorbedingung zu erfüllen.

Ob diese starken Worte der Reichsregierung auch auf Bayern Bezug haben sollen, wird man wohl nicht ohne weiteres glauben können. Denn um die bayerischen Rechtsradikalen und Faschisten „mit drakonischer Gewalt niederzuschlagen“ zu können, müßte die Reichsregierung zum mindesten die Reichswehr in der Hand haben. Wer glaubt das in Bayern? Aber abgesehen von allem kann die Reichsregierung die Vorbedingung zur Auredterhaltung der Ruhe nur schaffen, wenn sie für Festigung der Finanzwirtschaft, für Erfassung des Sachbesitzes, für werbefähige und ausreichende Röhne und für gesicherte Ernährungsmöglichkeit des kämpfenden Volkes sorgt.

Und zwar „mit drakonischer Gewalt“.

## Der Ausweg im Westen

### Vor entscheidenden Beschlüssen

Ueber die Wege zur Verständigung im Ruhrkonflikt schreibt der Sozialdemokratische Parlamentsdienst folgendes:

Auch nach den Behauptungen zwischen Poincaré und Baldwin muß die Reichsregierung aus eigener Kraft versuchen, dem Zustand im Westen ein Ende zu machen, den sie in Uebereinstimmung mit der Mehrheit des Parlaments ebenfalls für unerträglich hält. Das ist schwer, aber bei einigem guten Willen der französischen Regierung scheint trotzdem ein Weg möglich, der zur Rückkehr der Produktion im Ruhrgebiet führt, ohne daß der Grundstich des französischen Ministerpräsidenten: keine Räumung ohne vorherigen Bericht auf den positiven Widerstand, verletzt wird.

Die Reichsregierung hat wiederholt erklärt, daß sie bereit ist, für die Rückkehr zur Produktion im Ruhrgebiet einzutreten, wenn die französische Regierung sich verpflichtet, vor allen Dingen die ausgewiesenen zurückzulassen und die Verhafteten freizugeben. Diese Voraussetzungen zum Abbruch der Abwehr sind nicht willkürlichen Ursprungs, sondern werden durch innerpolitische Gründe diktiert, ohne deren Erfüllung schließlich auch keine Außenpolitik mehr möglich ist. Grundsätzlich ist die französische Regierung und das belgische Kabinett bereit, diesem deutschen Verlangen mit gewissen Einschränkungen zuzustimmen. In den Instruktionen, die Poincaré am 14. Juli anlässlich der Auseinandersetzung mit England an seinen Volksbeauftragten in London richtete, erklärt er sich bereit, für den Fall der Einstellung des deutschen Widerstandes die „Aufhebung einer gewissen Zahl von Maßnahmen“, besonders die Rückkehr der ausgewiesenen Eisenbahner und weiteren Beamten, anzuordnen. In ähnlichem Sinne äußerte sich die belgische Regierung in ihrem letzten Entwurf, das ebenfalls anlässlich der Verhandlungen zwischen London, Paris und Brüssel am 3. August veröffentlicht wurde. Sie geht sogar noch darüber hinaus, indem sie erklärt, daß die Einstellung des positiven Widerstandes eine Veränderung in der Natur der Besetzung zur Folge haben würde.

Wenn Belgien und Frankreich, was anzunehmen ist, zu ihren Dokumenten noch wie vor stehen, also bereit sind tatsächlich eine weitgehende Veränderung in der Natur der Besetzung vorzunehmen, dann steht der Aufgabe des positiven Widerstandes selbst nichts im Wege, wenn die Zurücklassung der ausgewiesenen und die Freilassung der Verhafteten erst ermöglicht wird, nachdem die Rückkehr zur Produktion erfolgt ist. Infolgedessen bedürfte es jetzt lediglich zunächst noch der Klarheit darüber, in welchem Maße die Form der Besetzung geändert werden soll. Wir wissen, daß sowohl Frankreich wie Belgien nicht geneigt sind, alle ausgewiesenen zurückzulassen. Wir glauben aber auch nicht, daß die Reichsregierung die Absicht hat, an einem Angekl. die Verständigung härter zu lassen. Aber es liegt sowohl im Interesse Frankreichs als der Entente überhaupt, daß die Arbeiter, Ingeposten und Beamten an ihre Arbeitsstätten zurückkehren, die Fiktion der Produktion die Reizung der Fabriken über-

nehmen und die Gewerkschaftsführer den schaffenden Arbeitern wiedergeben werden. Wie soll z. B. ohnedem die für das deutsche Wirtschaftsleben so notwendige Produktion wieder aufblühen? Darüber sollte man sich doch auch in Frankreich klar sein, daß ohne restlose Wiederaufnahme der Produktion im Westen eine Möglichkeit zur Zahlung der schweren Reparationsbonds nicht besteht.

Jedenfalls ist die Reichsregierung bereit, den beschriebenen Weg der Verständigung weiter zu gehen, wenn man es ihr von Paris aus nicht allzu schwer macht. Sie dürfte wahrscheinlich zu Beginn der kommenden Woche in Uebereinstimmung mit maßgebenden Vertretern der besetzten Gebiete

entscheidende Beschlüsse fassen, die der Welt erneut den Beweis der deutschen Verständigungsbereitschaft liefern werden. Aber auch diese Beschlüsse sind nicht ohne weiteres zu erwarten. Die Beschlüsse gegenüber einem wirtschaftlich zerstückelten Deutschland, dessen verantwortliche Politiker sich eines verlorenen Krieges durchaus bewußt sind, jenes Maß an Bonafidität beweist, wie es von ihm als siegreiche Macht erwartet werden kann.

### „Schande“ und schändliche Kriegstänze

Die Deutschnationalen schmelzen weiter in ihrem Toben gegen jede Verständigungsbestrebung zur Beendigung des Ruhrkonflikts. Ihre Reichstagsfraktion behauptet die Oeffentlichkeit mit einer „feierlichen Verwahrung“, in der es heißt: „Kontinuation und Unterschrift haben nicht die Not, sondern führen zur Not auch noch die Schande. Wir aber wissen, daß unser Volk noch stark genug ist, um sich der Schande zu erwehren. Die Deutschnationale Volkspartei lehnt vor dem deutschen Volk und vor der Geschichte die Verantwortung für jede Politik der Schwäche und der Scheu vor der letzten Entscheidung ab. Sie erklärt feierlich, daß sie deren Ergebnisse niemals anerkennen würde.“

Die Herrschaften wollen also „die letzte Entscheidung“, das heißt den Krieg gegen Frankreich, durch ihr wahrhaftiges Weidrei über „Vertrau und Schande“ glauben sie wieder eine neue Dolchstoßlegende hochzuschreiben. Den Schwindel durchzuführen ist nicht gelungen. Die deutschnationalen Kriegstänze sind falsches Theater.

### Die Rächer!

Die deutschnationalen Putschisten werden immer froher. Sie drohen schon wieder mit „den Rächern“, also mit der Ermordung Stresemanns. Man höre:

Berlin, 22. September. Das Berliner Polizeipräsidium teilt mit: Das Deutsche Tagesblatt veröffentlicht in seinem Freitagausgabe einen Artikel: „Das Ruhrgebiet geht verloren.“ Hier wird dem Reichslangler Dr. Stresemann, der als „Hüte des parlamentarischen Systems“ gekennzeichnet wird, „die schärfste Kränklichkeit und unfaßbar gemeine Verhöhnung des Reichstages“ vorgeworfen. Zugleich wird der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß die „Politik weidlichster Erfüllung“ des Reichstages ihre Rächer finden müsse.“ Wegen dieser Ausführungen hat der Polizeipräsident das Deutsche Tagesblatt auf Grund des republikanischen Schutzgesetzes auf die Dauer von zwei Wochen verboten.

Vielleicht stellen die kaiserlichen „Abwehrorganisationen“ auch die „Rächer“.